

Abschnitte alt	Abschnitte neu
Erster Abschnitt Gemeindevertretung (§ 1 bis § 15)	Erster Abschnitt Gemeindevertretung (§ 1 bis §
Zweiter Abschnitt Ausschüsse der Gemeindevertretung (§ 16 - § 17)	Zweiter Abschnitt Ausschüsse der Gemeindevertretung (§§ 43 ff. BbgKVerf)
Dritter Abschnitt Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften, Ortsbeiräte, Ortsvorsteher (§ 18 bis § 19)	Dritter Abschnitt Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften, Ortsbeiräte, Ortsvorsteher
Vierter Abschnitt Schlussbestimmungen (§ 20)	Vierter Abschnitt Schlussbestimmungen

Gegenüberstellung alt - neu

alt	alt_Text	neu	neu_Text
		§ 1 Allgemeine Vorschrift	Soweit in dieser Geschäftsordnung Funktionen mit einem geschlechtsspezifischen Begriff beschrieben werden, gilt die jeweilige Bestimmung auch für das jeweils andere Geschlecht gleichermaßen, soweit sich aus der Natur der Sache nicht etwas anderes ergibt.
		§ 2 Gemeindevertreter	
		§ 2 (1)	Die Mitglieder der Gemeindevertretung haben gemäß § 31 Abs. 1 BbgKVerf die ihnen aus der Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung erwachsenen Pflichten zu erfüllen. Sie haben insbesondere an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse, denen sie angehören, teilzunehmen.
		§ 2 (2)	Im Falle ihrer Verhinderung haben Mitglieder der Gemeindevertretung vor der Sitzung den Vorsitzenden zu benachrichtigen.
		§ 17 Bild- und Tonaufzeichnu	

alt	alt_Text	neu	neu_Text
		ngen (§ 36 Abs. 3 BbgKVerf)	
		§ 17 (1)	Bild- und Tonübertragungen und Bild- und Tonaufzeichnungen der öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung durch Presse, Rundfunk und ähnliche Medien sind grundsätzlich zulässig.
		§ 17 (2)	Absatz 1 gilt für von der Gemeindevertretung selbst veranlasste Bild- und Tonübertragungen sowie Bild- und Tonaufzeichnungen entsprechend.
		§ 17 (3)	Der fragende Einwohner (§ 7 Abs. 3) kann vor Fragestellung der öffentlichen Wiedergabe von Bild- und Tonaufzeichnungen seines Beitrages widersprechen.
		§ 17 (4)	Zur Erleichterung der Fertigung der Sitzungsniederschrift sind Tonaufzeichnungen der vollständigen Sitzung zulässig. Sie sind gemäß § 42 Abs. 2 Satz 4 BbgKVerf nach Freigabe in der darauffolgenden Sitzung, spätestens nach Einarbeitung der Beschlüsse über die Einwendungen zu löschen.
§ 1 Vorsitz		§ 3 Vorsitz (§ 33 BbgKVerf)	
§ 1 (1)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung hat die Sitzungen sachlich und unparteiisch zu leiten.	§ 12 (1)	Die Sitzungsleitung hat unparteiisch und sachlich zu erfolgen.
		§ 3 (1)	Die Gemeindevertretung wählt in geheimer Wahl gemäß § 15 dieser Vorschrift mit einfacher Mehrheit aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter.
§ 1 (2)	Der Vorsitzende bedient sich zur Erledigung seiner Aufgaben des bei der Gemeinde eingerichteten Hauptamtes	§ 3 (2)	Der Vorsitzende bedient sich zur Erledigung seiner Aufgaben des bei der Gemeinde eingerichteten Hauptamtes.
§ 2 Einberufung		§ 4 Einberufung	

alt	alt_Text	neu	neu_Text
der Gemeindevertretung		der Gemeindevertretung (§ 34 BbgKVerf)	
§ 2 (1)	Die Ladung muss den Mitgliedern mindestens sieben volle Tage vor dem Sitzungstag, der Tag der Absendung nicht mitgerechnet, zugehen. Die Ladungsfrist gilt als gewahrt, wenn die Ladung am 9. Tag vor der Sitzung zur Post gegeben worden ist.	§ 4 (1)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung beruft die Sitzungen der Gemeindevertretung ein. Die Ladung muss den Mitgliedern mindestens 7 volle Tage vor dem Sitzungstag, der Tag der Absendung und der Sitzungstag nicht mitgerechnet, zugehen (regelmäßige Ladungsfrist). Die regelmäßige Ladungsfrist gilt als gewahrt, wenn die Ladungen am 9. Tag vor der Sitzung zur Post gegeben worden sind.
§ 2 (2)	Der schriftlichen Ladung oder der elektronischen Ladung sind außer der Tagesordnung etwaige Vorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und die Sitzungsniederschrift der letzten Sitzung beizufügen. Vorlagen können in Ausnahmefällen auch nachgereicht werden.	§ 4 (2)	Der Ladung sind neben der Tagesordnung etwaige Vorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und die Sitzungsniederschrift der letzten Sitzung beizufügen; Vorlagen können in dringenden Ausnahmefällen auch nachgereicht werden. Die Ladung kann schriftlich oder bei widerruflichem Einverständnis des Gemeindevertreters elektronisch erfolgen.
§ 2 (3)	In besonders dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf drei volle Tage vor dem Sitzungstag abgekürzt werden. Die Dringlichkeit ist in der Einladung zu begründen.	§ 4 (3)	In besonders dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf drei volle Tage vor dem Sitzungstag abgekürzt werden. Die Dringlichkeit ist in der Einladung zu begründen.
§ 2 (4)	Die Gemeindevertretung kann formlos unter Verzicht auf die Einhaltung der Ladungsfrist, unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes und Begründung der Eilbedürftigkeit, einberufen werden, wenn sonst zur Abwehr einer Gefahr oder eines erheblichen Nachteils eine Eilentscheidung nach § 58 BbgKVerf getroffen werden müsste.	§ 4 (4)	Die Gemeindevertretung kann formlos unter Verzicht auf die Einhaltung der Ladungsfrist, unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes und Begründung der Eilbedürftigkeit, einberufen werden, wenn sonst zur Abwehr einer Gefahr oder eines erheblichen Nachteils eine Eilentscheidung nach § 58 BbgKVerf getroffen werden müsste.
§ 3 Tagesordnung der Gemeindevertretung		§ 5 Tagesordnung der Gemeindevertretung (§ 35	

alt	alt_Text	neu	neu_Text
		BgKVerf)	
§ 3 (1)	In der Tagesordnung sind die Beratungsgegenstände aufzunehmen, die gemäß § 35 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf von mindestens einem Zehntel der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter oder einer Fraktion und die mindestens bis zum Ablauf des 5. Arbeitstages vor Beginn der Ladungsfrist nach § 2 Abs. 1 die Geschäftsordnung dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung schriftlich vorgelegt worden sind. Bei Nichteinhaltung der Frist sind die Vorschläge in die Tagesordnung der folgenden Sitzung auf-zunehmen.	§ 5 (1)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung setzt gemäß § 35 Abs. 1 Satz 1 BbgKVerf die Tagesordnung der Gemeindevertretung im Benehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten fest. In die Tagesordnung sind gemäß § 35 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf die Beratungsgegenstände aufzunehmen, die bis zum Ablauf des 5 Werktages vor Beginn der Ladungsfrist nach § 4 Abs. 1 a. von mindestens einem Zehntel der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter oder b. einer Fraktion oder c. von dem Hauptverwaltungsbeamten dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung benannt wurden. Die Benennung soll regelmäßig auf dem Formular Vorlage GVV (Anlage 1) schriftlich erfolgen.
§ 3 (1)	In der Tagesordnung sind die Beratungsgegenstände aufzunehmen, die gemäß § 35 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf von mindestens einem Zehntel der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter oder einer Fraktion und die mindestens bis zum Ablauf des 5. Arbeitstages vor Beginn der Ladungsfrist nach § 2 Abs. 1 die Geschäftsordnung dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung schriftlich vorgelegt worden sind. Bei Nichteinhaltung der Frist sind die Vorschläge in die Tagesordnung der folgenden Sitzung auf-zunehmen.	§ 5 (2)	Soweit es sich nicht um eine dringende Angelegenheit handelt, deren Behandlung nicht bis zur darauffolgenden Sitzung aufgeschoben werden kann, sind die Vorschläge bei Nichteinhaltung der Frist in die Tagesordnung der darauffolgenden Sitzung aufzunehmen.
§ 3 (2)	Bei der Behandlung von Anträgen in der Gemeindevertretung haben Einreicher das Recht zur Begründung.	§ 5 (3)	Bei der Behandlung von Anträgen in der Gemeindevertretung haben Einreicher das Recht zur ergänzenden Begründung.
§ 3 (3)	Jeder Antrag kann von dem Einreicher bis zur Abstimmung zurückgezogen werden.	§ 5 (4)	Jeder Antrag kann von dem Einreicher bis zur Abstimmung zurückgezogen werden.
§ 4 Zuhörer		§ 6 Zuhörer (§ 36 BbgKVerf)	

alt	alt_Text	neu	neu_Text
§ 4 (1)	An den Sitzungen der Gemeindevertretung können Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen.	§ 6 (1)	An den öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung können Zuhörer teilnehmen.
§ 4 (2)	Zuhörer sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen auch die Beratung nicht stören und keine Zeichen des Beifalls oder Missfallens geben. Zuhörer, welche die Ordnung stören, können vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung aus dem Sitzungssaal gewiesen werden.	§ 6 (2)	Zuhörer sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen auch die Beratung nicht stören und keine Zeichen des Beifalls oder Missfallens geben. Zuhörer, welche die Ordnung stören, können vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung aus dem Sitzungssaal gewiesen werden.
§ 5 Einwohnerfragestunde		§ 7 Einwohnerfragestunde; Anhörung von Betroffenen und Sachverständigen	
§ 5 (1)	Die nach § 3 der gültigen Hauptsatzung der Gemeinde am Mellensee und der Einwohnerbeteiligungssatzung der Gemeinde Am Mellensee vom 18.03.2009 durchzuführende Einwohnerfragestunde findet im Anschluss an den Tagesordnungspunkt, in dem über die Niederschrift des öffentlichen Teils der letzten Sitzung gesprochen wurde, statt. Sie soll 30 Minuten nicht überschreiten.	§ 7 (1)	Die nach § 3 der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee in der jeweils gültigen Fassung und der Einwohnerbeteiligungssatzung der Gemeinde Am Mellensee in der jeweils gültigen Fassung durchzuführende Einwohnerfragestunde findet nach Behandlung der Anfragen der Gemeindevertreter des öffentlichen Teils der Sitzung der Gemeindevertretung statt.
		§ 7 (2)	Bei Sitzungen mit ausschließlich nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten wird die Einwohnerfragestunde nach der Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit durchgeführt.
		§ 7 (3)	Kann die Beschlussfähigkeit bei ordnungsgemäßer Ladung nicht festgestellt werden, so ist im Anschluss daran die Einwohnerfragestunde durchzuführen. Alle anderen Tagesordnungspunkte werden in der darauffolgenden Sitzung

alt	alt_Text	neu	neu_Text
			behandelt.
§ 5 (1)	Die nach § 3 der gültigen Hauptsatzung der Gemeinde am Mellensee und der Einwohnerbeteiligungssatzung der Gemeinde Am Mellensee vom 18.03.2009 durchzuführende Einwohnerfragestunde findet im Anschluss an den Tagesordnungspunkt, in dem über die Niederschrift des öffentlichen Teils der letzten Sitzung gesprochen wurde, statt. Sie soll 30 Minuten nicht überschreiten.	§ 7 (4)	Die Einwohnerfragestunde soll in der Gemeindevertreterversammlung 30 Minuten nicht überschreiten. Eine Verlängerung ist vor Ablauf dieser Frist per Antrag zur Geschäftsordnung zu beschließen.
§ 5 (2)	Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit nicht möglich, ist die Anfrage schriftlich zu beantworten und dem jeweiligen Protokoll beizufügen.	§ 7 (5)	Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit nicht möglich, ist die Anfrage schriftlich zu beantworten und dem jeweiligen Protokoll beizufügen.
		§ 7 (6)	Beschließt die Gemeindevertretung, zu einzelnen Tagesordnungspunkten zum Gegenstand der Beratung Betroffene oder Sachverständige zu hören, ist die Anhörung zu beenden, bevor Beratung und Abstimmung über den Gegenstand beginnen.
§ 6 Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung		§ 8 Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung	
§ 6	Anfragen der Gemeindevertreter, sollen in der Sitzung der Gemeindevertretung beantwortet werden. Der Antragende kann eine Zusatzfrage stellen. Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit nicht möglich, ist die Anfrage schriftlich zu beantworten und dem jeweiligen Protokoll beizufügen.	§ 8 (1)	Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung sollten regelmäßig schriftlich auf dem Formular Vorlage GVV erfolgen und zumindest nachrichtlich an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung adressiert sein. Diese Regelung beschneidet das uneingeschränkte Fragerecht nicht.
		§ 8 (2)	Schriftliche Anfragen der Gemeindevertreter sind vor den mündlichen Anfragen zu beantworten, soweit sie denselben Sachverhalt betreffen. Absatz 1 gilt entsprechend.

alt	alt_Text	neu	neu_Text
		§ 8 (3)	Mündliche Anfragen der Gemeindevertreter sollen in der Sitzung der Gemeindevertretung beantwortet werden. Der Anfragende kann eine Zusatzfrage stellen. Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit nicht möglich, ist die Anfrage schriftlich zu beantworten, dem jeweiligen Protokoll beizufügen.
		§ 8 (4)	Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit nicht möglich, ist die Anfrage schriftlich zu beantworten, dem jeweiligen Protokoll beizufügen.
§ 7 Sitzungsablauf, Hausrecht und Öffentlichkeit		§ 9 Sitzungsablauf	
§ 7 (1)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen der Gemeindevertretung. In den Sitzungen handhabt er die Ordnung und übt das Hausrecht, gemäß § 37 Abs. 2 BbgKVerf, aus. Im Falle seiner Verhinderung tritt sein Vertreter an seine Stelle.	§ 9 (1)	Der Vorsitzende eröffnet, leitet die Verhandlung und schließt die Sitzungen der Gemeindevertretung. In den Sitzungen handhabt er die Ordnung und übt das Hausrecht aus (§ 37 Abs. 1 BbgKVerf). Im Falle seiner Verhinderung tritt sein Stellvertreter an seine Stelle.
§ 7 (2)	Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen: Öffentlicher Teil a) Eröffnung der Sitzung b) Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit c) Änderungsanträge zur Tagesordnung d) Einwendungen zur Niederschrift über den öffentlichen Teils der letzten Sitzung e) Bericht des Bürgermeister f) Einwohnerfragestunde g) Abwicklung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung	§ 9 (2)	Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen: a. Eröffnung der Sitzung, b. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit gemäß § 38 BbgKVerf c. Änderungsanträge zur und Feststellung der Tagesordnung, d. Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung, e. Bericht des Hauptverwaltungsbeamten, f. Behandlung der Anfragen von Mitgliedern der Gemeindevertretung, g. Einwohnerfragestunde

alt	alt_Text	neu	neu_Text
	h) Behandlung der Anfragen von Mitgliedern der Gemeindevertretung Nichtöffentlicher Teil a) Änderungsanträge zur Tagesordnung b) Einwendungen zur Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung c) Abwicklung der Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung d) Schließung der Sitzung		h. Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung, i. Sitzungspause j. Änderungsanträge zur und Feststellung der Tagesordnung nicht öffentlicher Teil k. Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung, l. Behandlung der Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung, m. Schließung der Sitzung.
		§ 9 (3)	Sollte die Beschlussfähigkeit gemäß § 38 BbgKVerf nicht festgestellt werden können, so entfallen die Punkte c), d) und h) sowie der nicht öffentliche Teil der Sitzung.
§ 8 Unterbrechung und Vertagung der Gemeindevertretersitzung		§ 10 Behandlung der Tagesordnungspunkte, Unterbrechung und Vertagung	
§ 8 (1)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann die Sitzung der Gemeindevertretung unterbrechen. Auf Antrag von einem Drittel seiner Mitglieder oder einer Fraktion muss er die Sitzung unterbrechen. Bei einer weiteren Unterbrechung ist für den Antrag die Mehrheit aller anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung erforderlich. Die Unterbrechung soll nicht länger als 15 Minuten dauern.	§ 10 (3)	Der Vorsitzende kann die Sitzung der Gemeindevertretung unterbrechen. Auf Antrag von einem Drittel ihrer anwesenden Mitglieder oder einer Fraktion muss er die Sitzung unterbrechen. Bei einer weiteren Unterbrechung ist für den Antrag die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung erforderlich. Die Unterbrechung soll nicht länger als 15 Minuten dauern.
§ 8 (2)	Die Gemeindevertretung kann die Tagesordnungspunkte a) durch die Entscheidung in der Sache abschließen,	§ 10 (1)	Die Gemeindevertretung kann die Tagesordnungspunkte a. durch die Entscheidung in der Sache abschließen,

alt	alt_Text	neu	neu_Text
	b) verweisen oder c) ihre Beratung vertagen .		b. verweisen oder c. ihre Beratung vertagen.
§ 8 (3)	Über Anträge nach Abs. 1 Satz 2 ist sofort abzustimmen. Der Antrag auf Entscheidung in der Sache geht bei der Abstimmung dem Verweisungsantrag, dieser dem Vertagungsantrag vor. Wird einem Antrag stattgegeben, sind die bei der Antragstellung vorliegenden Wortmeldungen noch zuzulassen.	§ 10 (2)	Der Antrag auf Entscheidung in der Sache geht bei der Abstimmung dem Verweisungsantrag, dieser dem Vertagungsantrag vor. Wird einem Antrag stattgegeben, sind die bei der Antragstellung vorliegenden Wortmeldungen noch zuzulassen.
§ 8 (4)	Jeder Antragsteller kann bei demselben Punkt der Tagesordnung nur einen Verweisungs- und einen Schlussantrag stellen.	§ 10 (3)	Jeder Antragsteller kann bei demselben Punkt der Tagesordnung nur einen Verweisungs- und einen Schlussantrag stellen.
§ 8 (5)	Nach 2,5 Stunden Sitzungszeit werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. Der in der Beratung befindliche Tagesordnungspunkt wird abschließend behandelt.	§ 10 (5)	Nach 2 ½ stündiger Sitzungszeit werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. Der in der Beratung befindliche Tagesordnungspunkt wird abschließend behandelt. Die Sitzung gilt als unterbrochen, Abs 6 findet entsprechend Anwendung.
		§ 10 (6)	Die Gemeindevertretung kann gemäß § 34 Abs. 5 der BbgKVerf mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder die Unterbrechung der Sitzung und deren Fortsetzung zur Behandlung der noch offenen Tagesordnungspunkte an einem anderen Termin beschließen (Fortsetzungssitzung). Der Beschluss über die Fortsetzung muss Zeit und Ort der Fortsetzungssitzung bestimmen. Für die Fortsetzungssitzung erfolgt keine erneute Ladung. Soll keine Fortsetzungssitzung beschlossen werden, sind die noch nicht aufgerufenen Tagesordnungspunkte in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung an vorderer Stelle auf die Tagesordnung zu setzen.
§ 8 (6)	Auf Antrag des Vorsitzenden der Gemeindevertretung, des Bürgermeisters oder einer Fraktion kann eine Verlängerung der Sitzung durch Abstimmung mit einer zweidrittel Mehrheit	§ 10 (7)	Auf Antrag des Vorsitzenden der Gemeindevertretung, des Bürgermeisters oder einer Fraktion kann eine Verlängerung der Sitzung durch Abstimmung mit einer zweidrittel Mehrheit

alt	alt_Text	neu	neu_Text
	der anwesenden Gemeindevertreter beschlossen werden.		der anwesenden Gemeindevertreter beschlossen werden.
§ 9 Redeordnung		§ 11 Redeordnung	
§ 9 (1)	Reden darf nur, wer vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung das Wort erhalten hat. Wortmeldungen erfolgen durch Handzeichen.	§ 11 (1)	Reden darf nur, wer vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung das Wort erhalten hat. Wortmeldungen erfolgen durch Handzeichen.
§ 9 (2)	Der Vorsitzende erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, soweit nicht mit Zustimmung des Redeberechtigten hiervon abgewichen wird. Das Wort zur Geschäftsordnung ist jederzeit zu erteilen und darf sich nur auf den in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunkt beziehen. Es darf dadurch kein Sprecher unterbrochen werden.	§ 11 (2)	Der Vorsitzende erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, soweit nicht mit Zustimmung des Redeberechtigten hiervon abgewichen wird. Das Wort zur Geschäftsordnung ist jederzeit zu erteilen und darf sich nur auf den in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunkt beziehen. Es darf dadurch kein Redner unterbrochen werden.
§ 9 (3)	Dem Bürgermeister ist auch außerhalb der Reihe der Wortmeldungen jederzeit das Wort zu erteilen.	§ 11 (3)	Dem Hauptverwaltungsbeamten ist auch außerhalb der Reihe der Wortmeldungen jederzeit das Wort zu erteilen.
§ 10 Sitzungsleitung		§ 12 Sitzungsleitung (§ 37 BbgKVerf)	
		§ 12 (2)	Vor Stellungnahmen oder Redebeiträgen des Sitzungsleiters ist die Leitung vorübergehend an den Stellvertreter zu übergeben.
§ 10 (1)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen.	§ 12 (3)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen.
		§ 12 (4)	Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung dreimal zur Sache gerufen worden, so hat ihm der Vorsitzende das Wort zu entziehen und darf es ihm in derselben Aussprache zum selben Gegenstand nicht wieder erteilen.
		§ 12 (5)	Der Vorsitzende kann ein Mitglied der Gemeindevertretung zur Ordnung rufen, dessen Verhalten den ordnungsgemäßen

alt	alt_Text	neu	neu_Text
			Ablauf der Sitzung stört.
§ 11 Beschlüsse		§ 14 Beschlüsse (§ 39 BbgKVerf)	
§ 11 (1)	<p>Beschlüsse kommen durch Abstimmung oder Wahlen zustande. Grundsätzlich wird offen durch Handzeichen abgestimmt. Auf Antrag von mindestens drei Mitgliedern der Gemeindevertretung oder einer Fraktion ist namentlich abzustimmen.</p> <p>Auf Verlangen ist vor jeder Abstimmung der Antrag zu verlesen. Bei der Abstimmung stellt der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Anzahl der Mitglieder fest, sowie die</p> <p>a) mit „Ja“ lautenden Stimmen,</p> <p>und</p> <p>b) die mit „Nein“ lautenden Stimmen.</p> <p>Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.</p>	§ 14 (1)	<p>Beschlüsse kommen durch Abstimmung oder Wahlen zustande. Grundsätzlich wird offen durch Handzeichen abgestimmt. Vor jeder Abstimmung der Antrag zu verlesen. Bei der offenen Abstimmung stellt der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Anzahl der Mitglieder fest, die</p> <p>a. dem Antrag zustimmen,</p> <p>b. den Antrag ablehnen und</p> <p>c. sich der Stimme enthalten.</p>
§ 11 (1)	<p>Beschlüsse kommen durch Abstimmung oder Wahlen zustande. Grundsätzlich wird offen durch Handzeichen abgestimmt. Auf Antrag von mindestens drei Mitgliedern der Gemeindevertretung oder einer Fraktion ist namentlich abzustimmen.</p> <p>Auf Verlangen ist vor jeder Abstimmung der Antrag zu verlesen. Bei der Abstimmung stellt der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Anzahl der Mitglieder fest, sowie die</p> <p>a) mit „Ja“ lautenden Stimmen,</p>	§ 14 (2)	<p>Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die offene Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.</p>

alt	alt_Text	neu	neu_Text
	und b) die mit „Nein“ lautenden Stimmen. Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.		
		§ 14 (3)	Auf Verlangen von mindestens 3 Mitgliedern der Gemeindevertretung oder einer Fraktion ist namentlich abzustimmen.
§ 11 (2)	Liegen zu dem Tagesordnungspunkt Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, wird zuerst über den abgestimmt, der von dem Antrag der Sitzungsvorlage am weitesten abweicht. Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen hat der den Vorrang, der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen bewirkt. In Zweifels-fällen entscheidet der Vorsitzende der Gemeindevertretung.	§ 14 (4)	Liegen zu dem Tagesordnungspunkt Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, wird zuerst über den Antrag abgestimmt, der von dem Antrag der Sitzungsvorlage am weitesten abweicht. Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen hat der den Vorrang, der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen bewirkt. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende der Gemeindevertretung.
§ 11 (3)	Auf Grund eines Antrages, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde, ist über einzelne Teile der Vorlage bzw. des Antrages gesondert abzustimmen. Über die Vorlage bzw. den Antrag ist dann insgesamt zu beschließen.	§ 14 (5)	Auf Antrag, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde, ist über einzelne Teile der Vorlage bzw. des Antrages gesondert abzustimmen. Über die Vorlage beziehungsweise den Antrag ist danach insgesamt zu beschließen.
§ 11 (4)	Anträge zur Geschäftsordnung haben jederzeit den Vorrang und müssen vor Sachanträgen erledigt werden.	§ 13 (1)	Von Mitgliedern der Gemeindevertretung können während der Beratung über einen Gegenstand der Tagesordnung jederzeit Anträge zur Geschäftsordnung eingebracht werden. Sie sind durch das Heben beider Hände anzuzeigen und bedürfen keiner Begründung. Diese Anträge sind unverzüglich zu behandeln.
		§ 13 (2)	Als Antrag zur Geschäftsordnung sind zulässig: a. Feststellung der Beschlussfähigkeit b. Vertagung oder befristete Unterbrechung einer Sitzung c. Nichtbefassung, Zurückstellung oder Vertagung eines

alt	alt_Text	neu	neu_Text
			Tagesordnungspunktes d. Überweisung an einen Ausschuss e. Schluss der Debatte f. Beschränkung der Redezeit g. Geheime Abstimmung h. Wiederherstellung der Sitzungsordnung/ Rückkehr zur sachlichen Auseinandersetzung
		§ 13 (3)	Wird einem Antrag zur Geschäftsordnung nicht widersprochen, so ist der Antrag angenommen. Andernfalls wird nach Anhörung eines Gegenredners abgestimmt.
		§ 13 (5)	Wird ein Antrag zur Geschäftsordnung abgelehnt, so darf er zum gleichen Tagesordnungspunkt nicht wiederholt werden.
		§ 13 (6)	Ein Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte kann nur von einem Gemeindevertreter gestellt werden, der noch nicht zur Sache gesprochen hat.
§ 12 Einzelwahlen/ Gremienwahlen		§ 15 Einzel- und Gremienwahlen (§§ 40 bis 41 BbgKVerf)	
		§ 15 (1)	Wahlen finden geheim statt. Abweichungen können gemäß § 39 Abs. 1 Satz 6 BbgKVerf vor der jeweiligen Wahl einstimmig beschlossen werden
§ 12 (1)	Zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlen wird aus der Mitte der Gemeindevertretung ein Wahlausschuss, von 3 Mitgliedern der Gemeindevertretung, gebildet.	§ 15 (2)	Zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlen ist aus der Mitte der Gemeindevertretung ein aus 3 Personen bestehender Wahlausschuss zu bilden.
§ 12 (2)	Es sind äußerlich gleiche Stimmzettel zu verwenden. Werden keine Umschläge verwendet, so sind die Stimmzettel zu falten.	§ 15 (3)	Es sind äußerlich gleiche Stimmzettel zu verwenden. Werden keine Umschläge verwendet, so sind die Stimmzettel so zu falten, dass das Stimmverhalten von außen nicht erkennbar ist.

alt	alt_Text	neu	neu_Text
§ 12 (3)	Die Stimmzettel sind so vorzubereiten, dass sie nur noch mit einem Kreuz mit dem-selben Schreibgerät zu kennzeichnen sind. Bei weiterer Beschriftung, Gestaltung und fehlender Kennzeichnung des Stimmzettels ist die Stimme ungültig.	§ 15 (4)	Die Stimmzettel sind so vorzubereiten, dass sie nur noch mit einem Kreuz zu kennzeichnen sind. Bei weiterer Beschriftung, Gestaltung und fehlender Kennzeichnung des Stimmzettels ist die Stimme ungültig.
§ 12 (4)	Die Stimmabgabe hat in einer Wahlkabine oder räumlich so abgegrenzt zu erfolgen, dass das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Ein einheitliches Schreibgerät ist zu verwenden.	§ 15 (5)	Die Stimmabgabe hat in einer Wahlkabine oder räumlich so abgegrenzt zu erfolgen, dass das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Einheitliches Schreibgerät ist zu verwenden.
§ 12 (5)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gibt das vom Wahlausschuss festgestellte Ergebnis der Wahl bekannt.	§ 15 (6)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gibt das vom Wahlausschuss festgestellte Ergebnis der Wahl bekannt.
§ 12 (6)	Ist ein Losentscheid erforderlich, wird dieser, wenn nicht durch die Gemeindevertretung anders bestimmt, vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung vollzogen.	§ 15 (7)	Ist ein Losentscheid erforderlich, wird dieser, wenn nicht durch die Gemeindevertretung anders bestimmt, vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung vollzogen.
§ 13 Niederschriften		§ 16 Niederschrift (§ 42 BbgKVerf)	
§ 13 (1)	Der Bürgermeister ist für die Anfertigung der Niederschrift verantwortlich. Er bestimmt den Protokollführer.	§ 16 (1)	Der Hauptverwaltungsbeamte ist für die Niederschrift verantwortlich. Er bestimmt den Protokollführer.
§ 13 (2)	Die Sitzungsniederschrift muss enthalten: a) Tag, Beginn und Ende der Sitzung b) Namen der anwesenden und fehlenden Mitglieder der Gemeindevertretung c) Name der anwesenden Verwaltungsvertreter und anderer zugelassener Personen d) Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit e) Einwendungen gegen die Niederschrift f) Anfragen g) Tagesordnung h) Wortlaut der Anträge mit Namen der Antragsteller, dem	§ 16 (2)	Die Sitzungsniederschrift muss enthalten: a. den Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung, b. die Namen der anwesenden, sowie der entschuldigt und ohne Entschuldigung abwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung, c. die Namen der teilnehmenden Verwaltungsvertreter und anderer zugelassener Personen, d. die Feststellung der Einhaltung der Ladefrist und der Beschlussfähigkeit e. etwaige Einwendungen zur Niederschrift der vorherigen Sitzung f. die Tagesordnung,

alt	alt_Text	neu	neu_Text
	<p>wesentlichen Inhalt der Beratung, die Beschlüsse und Ergebnisse der Abstimmungen und Wahlen</p> <p>i) Ausschluss und Wiederherstellung der Öffentlichkeit</p> <p>j) bei namentlicher Abstimmung das Abstimmungsverhalten der Mitglieder der Gemeindevertretung</p> <p>k) die Namen der wegen Befangenheit an der Beratung oder Entscheidung zu einzelnen Tagesordnungspunkten nicht mitwirkenden Mitglieder der Gemeindevertretung</p> <p>l) Störungen gegen die Ordnung und eventuell ausgesprochene Ordnungsmaßnahmen.</p>		<p>g. Berichtes des Hauptverwaltungsbeamten</p> <p>h. Anfragen der Gemeindevertreter und Antworten</p> <p>i. Anfragen der Einwohner und Antworten</p> <p>j. den Wortlaut der Anträge mit Namen der Antragsteller, den wesentlichen Inhalt der Beratung, den Wortlaut der Beschlüsse, die Ergebnisse der Wahlen und Abstimmungen,</p> <p>k. den Ausschluss und die Wiederherstellung der Öffentlichkeit,</p> <p>l. das Abstimmungsverhalten jedes Mitgliedes der Gemeindevertretung, das dies verlangt,</p> <p>m. bei namentlicher Abstimmung das Abstimmungsverhalten der Mitglieder der Gemeindevertretung und</p> <p>n. die Namen der wegen Befangenheit an Beratung oder Entscheidung zu einzelnen Tagesordnungspunkten nicht mitwirkenden Mitglieder der Gemeindevertretung.</p> <p>o. Störungen gegen die Ordnung und eventuell ausgesprochene Ordnungsmaßnahmen</p>
§ 13 (3)	Angelegenheiten, die in nichtöffentlicher Sitzung behandelt wurden, sind gesondert niederzuschreiben.	§ 16 (3)	Angelegenheiten, die in nichtöffentlicher Sitzung behandelt wurden, sind gesondert zu protokollieren.
		§ 16 (4)	Die Sitzungsniederschrift ist innerhalb von 10 Werktagen nach der Sitzung im Ratsinformationssystem zu veröffentlichen. Im Ausnahmefall ist sie spätestens mit der Ladung zur nächsten Sitzung den Mitgliedern der Gemeindevertretung zuzuleiten.
		§ 16 (5)	<p>Soweit nicht im Einzelfall aus Gründen des öffentlichen Wohls oder zur Wahrung von Rechten Dritter etwas anderes beschlossen wird, wird die Öffentlichkeit schnellstmöglich über die Beschlüsse der Gemeindevertretung</p> <p>a. im „Amtsblatt der Gemeinde Am Mellensee“</p> <p>b. durch Aushang in den in der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee in der jeweils gültigen Fassung aufgeführten Bekanntmachungskästen und</p>

alt	alt_Text	neu	neu_Text
			c. durch Veröffentlichung auf der Internetseite der Gemeinde Am Mellensee unterrichtet.
§ 14 Fraktionen		§ 18 Fraktionen (§ 32 BbgKVerf)	
§ 14 (1)	Die Fraktionen haben dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung von ihrer Bildung schriftlich Kenntnis geben. Die Mitteilung muss die genaue Bezeichnung der Fraktion, den Namen des Fraktionsvorsitzenden sowie aller der Fraktion angehörenden Mit-glieder der Gemeindevertretung enthalten. Veränderungen sind dem Vorsitzenden schriftlich und zeitnah mitzuteilen. Ihre innere Ordnung muss demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen.	§ 18 (1)	Die Fraktionen haben dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung von ihrer Bildung unverzüglich schriftlich Kenntnis zu geben. Die Mitteilung muss die genaue Bezeichnung der Fraktion, die Namen des Fraktionsvorsitzenden, seiner Stellvertreter sowie aller der Fraktion angehörenden Gemeindevertreter zu enthalten. Die einer Fraktion zustehenden Rechte kann sie nach Zugang der Mitteilung nach Satz 2 wahrnehmen. Veränderungen sind dem Vorsitzenden stets unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
§ 14 (2)	Fraktionslose Gemeindevertreter können einer Fraktion mit deren Zustimmung beitreten.	§ 18 (2)	Fraktionslose Gemeindevertreter können einer Fraktion mit deren Zustimmung beitreten.
		§ 18 (3)	Die Mitglieder einer Fraktion vertreten sich in den Ausschüssen gegenseitig.
§ 15 Anträge und Abweichungen von der Geschäftsordn ung		§ 13 Anträge zur Geschäftsordn ung	
§ 15 (1)	Anträge zur Geschäftsordnung können durch Heben beider Hände jederzeit gestellt werden und haben Priorität vor anderen Wortmeldungen.	§ 13 (1)	Von Mitgliedern der Gemeindevertretung können während der Beratung über einen Gegenstand der Tagesordnung jederzeit Anträge zur Geschäftsordnung eingebracht werden. Sie sind durch das Heben beider Hände anzuzeigen und bedürfen keiner Begründung. Diese Anträge sind unverzüglich

alt	alt_Text	neu	neu_Text
			zu behandeln.
§ 15 (2)	Anträge zur Geschäftsordnung bedürfen keiner Begründung.	§ 13 (1)	Von Mitgliedern der Gemeindevertretung können während der Beratung über einen Gegenstand der Tagesordnung jederzeit Anträge zur Geschäftsordnung eingebracht werden. Sie sind durch das Heben beider Hände anzuzeigen und bedürfen keiner Begründung. Diese Anträge sind unverzüglich zu behandeln.
§ 15 (3)	Die Gemeindevertretung kann für den Einzelfall Abweichungen von der Geschäftsordnung mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Gemeindevertretung beschließen sofern die BbgKVerf dies zulässt.	§ 13 (4)	Die Gemeindevertretung kann für den Einzelfall Abweichungen von der Geschäftsordnung mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Gemeindevertretung beschließen sofern die BbgKVerf dies zulässt.
§ 15 (4)	Treten während einer Sitzung der Gemeindevertretung Zweifel über die Auslegung der Geschäftsordnung auf, entscheidet die Gemeindevertretung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder.	13 (7)	Treten während einer Sitzung der Gemeindevertretung Zweifel über die Auslegung der Geschäftsordnung auf, entscheidet die Gemeindevertretung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder.
§ 16 Ständige Ausschüsse		§ 19 Verfahren in den Ausschüssen (§ 44 BbgKVerf)	
§ 16 (1)	Für das Verfahren in den Ausschüssen finden die Bestimmungen des ersten Abschnittes dieser Geschäftsordnung Anwendung, soweit nicht in folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.	§ 19 (1)	Für Geschäftsgang und Verfahren der von der Gemeindevertretung gemäß § 43 BbgKVerf gebildeten Ausschüsse gelten die Vorschriften des Ersten Abschnittes sinngemäß, soweit nicht gesetzlich oder in den folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.
		§ 19 (2)	Die Ausschüsse treten in der Regel an den von der Gemeindevertretung im Sitzungsplan für das Kalenderjahr bestimmten Tagen zusammen.
		§ 19 (3)	Abweichend von § 9 soll den Einwohnern zu jedem öffentlichen Tagesordnungspunkt die Möglichkeit zur

alt	alt_Text	neu	neu_Text
			Meinungsäußerung oder Nachfrage gegeben werden. Die Diskussionen zu einem Tagesordnungspunkt sollen 20 Minuten nicht überschreiten.
		§ 20 Fachausschüsse (§ 43 f. BbgKVerf)	
		§ 20 (1)	Die Gemeindevertretung bildet zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur Kontrolle der Verwaltung aus ihrer Mitte gemäß § 43 Abs. 1 BbgKVerf folgende ständige Ausschüsse (Fachausschüsse): a. den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus, b. den Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur sowie c. den Bauausschuss.
§ 16 (2)	Empfehlungen können in den Ausschüssen nur gefasst werden, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.	§ 20 (4)	Empfehlungen können in den Ausschüssen nur gefasst werden, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.
		§ 20 (2)	Die Zahl der Sitze beträgt jeweils 5.
		§ 20 (3)	Die Gemeindevertretung beruft in jeden Ausschuss 5 sachkundige Einwohner. Jede Fraktion benennt entsprechend ihrer Sitze jeweils einen sachkundigen Einwohner.
§ 17 Hauptausschusses		§ 21 Hauptausschusses (§ 49 f. BbgKVerf)	
§ 17	Für Verfahren des Hauptausschusses gelten die Vorschriften des ersten Abschnittes dieser Geschäftsordnung, soweit nicht in den folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.	§ 21 (1)	Die Gemeindevertretung bildet einen Hauptausschuss Für Verfahren des Hauptausschusses gelten die Vorschriften des ersten Abschnittes dieser Geschäftsordnung, soweit nicht in den folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.

alt	alt_Text	neu	neu_Text
			Die Regelungen der § 49 f BbgKVerf finden Anwendung.
		§ 21 (2)	Der Hauptausschuss besteht aus 6 Mitgliedern und dem Hauptverwaltungsbeamten.
§ 18 Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften		§ 22 Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften	Die Bestimmungen des zweiten Abschnitts sind sinngemäß auch auf solche Ausschüsse der Gemeinde anzuwenden, die auf besonderen Rechtsvorschriften beruhen, soweit diese Vorschriften nichts anderes bestimmen.
§ 18	Die Bestimmungen des ersten Abschnitts sind sinngemäß auch auf solche Ausschüsse der Gemeinde anzuwenden, die auf besondere Rechtsvorschriften beruhen, soweit diese Vorschriften nichts anderes bestimmen.	§ 22 Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften	Die Bestimmungen des zweiten Abschnitts sind sinngemäß auch auf solche Ausschüsse der Gemeinde anzuwenden, die auf besonderen Rechtsvorschriften beruhen, soweit diese Vorschriften nichts anderes bestimmen.
§ 19 Ortsteilvertretung		§ 23 Ortsbeiräte und Ortsvorsteher (§§ 46, 47 BbgKVerf)	
§ 19	Auf das Verfahren der Ortsbeiräte und der Ausschüsse finden die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung Anwendung. Die Regelungen des § 12 Abs. 1 über die Zuständigkeit für die Anfertigung der Niederschrift, findet für die Ortsbeiräte keine Anwendung. Der Ortsvorsteher ist für die Erstellung der Niederschrift zuständig.	§ 23 (1)	Auf das Verfahren der Ortsbeiräte finden die Bestimmungen des Zweiten Abschnittes dieser Geschäftsordnung entsprechend Anwendung.
		§ 23 (2)	Jeder Ortsvorsteher ist zu allen öffentlichen oder

alt	alt_Text	neu	neu_Text
			nichtöffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse zu laden, in denen Gegenstände behandelt werden, die Belange seines Ortsteils berühren.
§ 19	Auf das Verfahren der Ortsbeiräte und der Ausschüsse finden die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung Anwendung. Die Regelungen des § 12 Abs. 1 über die Zuständigkeit für die Anfertigung der Niederschrift, findet für die Ortsbeiräte keine Anwendung. Der Ortsvorsteher ist für die Erstellung der Niederschrift zuständig.	§ 23 (3)	Die Regelungen des § 16 Abs. 1 über die Zuständigkeit für die Anfertigung der Niederschrift, findet für die Ortsbeiräte keine Anwendung. Der Ortsvorsteher ist für die Erstellung der Niederschrift zuständig.
§ 20 In-Kraft-Treten	Die Geschäftsordnung tritt mit dem Tage nach der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 16. Juli 2014 außer Kraft.	§ 24 Inkrafttreten	Die Geschäftsordnung tritt am Tage nach der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 19.08.2015 außer Kraft.

Gegenüberstellung neu - alt

neu	neu_Text	alt	alt_Text
§ 1 Allgemeine Vorschrift	Soweit in dieser Geschäftsordnung Funktionen mit einem geschlechtsspezifischen Begriff beschrieben werden, gilt die jeweilige Bestimmung auch für das jeweils andere Geschlecht gleichermaßen, soweit sich aus der Natur der Sache nicht etwas anderes ergibt.		
§ 2 Gemeindevertreter			
§ 2 (1)	Die Mitglieder der Gemeindevertretung haben gemäß § 31 Abs. 1 BbgKVerf die ihnen aus der Mitgliedschaft in der		

neu	neu_Text	alt	alt_Text
	Gemeindevertretung erwachsenen Pflichten zu erfüllen. Sie haben insbesondere an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse, denen sie angehören, teilzunehmen.		
§ 2 (2)	Im Falle ihrer Verhinderung haben Mitglieder der Gemeindevertretung vor der Sitzung den Vorsitzenden zu benachrichtigen.		
§ 3 Vorsitz (§ 33 BbgKVerf)		§ 1 Vorsitz	
§ 3 (1)	Die Gemeindevertretung wählt in geheimer Wahl gemäß § 15 dieser Vorschrift mit einfacher Mehrheit aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter.		
§ 3 (2)	Der Vorsitzende bedient sich zur Erledigung seiner Aufgaben des bei der Gemeinde eingerichteten Hauptamtes.	§ 1 (2)	Der Vorsitzende bedient sich zur Erledigung seiner Aufgaben des bei der Gemeinde eingerichteten Hauptamtes
§ 4 Einberufung der Gemeindevertr etung (§ 34 BbgKVerf)		§ 2 Einberufung der Gemeindevert retung	
§ 4 (1)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung beruft die Sitzungen der Gemeindevertretung ein. Die Ladung muss den Mitgliedern mindestens 7 volle Tage vor dem Sitzungstag, der Tag der Absendung und der Sitzungstag nicht mitgerechnet, zugehen (regelmäßige Ladungsfrist). Die regelmäßige Ladungsfrist gilt als gewahrt, wenn die Ladungen am 9. Tag vor der Sitzung zur Post gegeben worden sind.	§ 2 (1)	Die Ladung muss den Mitgliedern mindestens sieben volle Tage vor dem Sitzungstag, der Tag der Absendung nicht mitgerechnet, zugehen. Die Ladungsfrist gilt als gewahrt, wenn die Ladung am 9. Tag vor der Sitzung zur Post gegeben worden ist.
§ 4 (2)	Der Ladung sind neben der Tagesordnung etwaige Vorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und die Sitzungsniederschrift der letzten Sitzung beizufügen; Vorlagen	§ 2 (2)	Der schriftlichen Ladung oder der elektronischen Ladung sind außer der Tagesordnung etwaige Vorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und die Sitzungsniederschrift der

neu	neu_Text	alt	alt_Text
	können in dringenden Ausnahmefällen auch nachgereicht werden. Die Ladung kann schriftlich oder bei widerruflichem Einverständnis des Gemeindevertreters elektronisch erfolgen.		letzten Sitzung beizufügen. Vorlagen können in Ausnahmefällen auch nachgereicht werden.
§ 4 (3)	In besonders dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf drei volle Tage vor dem Sitzungstag abgekürzt werden. Die Dringlichkeit ist in der Einladung zu begründen.	§ 2 (3)	In besonders dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf drei volle Tage vor dem Sitzungstag abgekürzt werden. Die Dringlichkeit ist in der Einladung zu begründen.
§ 4 (4)	Die Gemeindevertretung kann formlos unter Verzicht auf die Einhaltung der Ladungsfrist, unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes und Begründung der Eilbedürftigkeit, einberufen werden, wenn sonst zur Abwehr einer Gefahr oder eines erheblichen Nachteils eine Eilentscheidung nach § 58 BbgKVerf getroffen werden müsste.	§ 2 (4)	Die Gemeindevertretung kann formlos unter Verzicht auf die Einhaltung der Ladungsfrist, unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes und Begründung der Eilbedürftigkeit, einberufen werden, wenn sonst zur Abwehr einer Gefahr oder eines erheblichen Nachteils eine Eilentscheidung nach § 58 BbgKVerf getroffen werden müsste.
§ 5 Tagesordnung der Gemeindever- tretung (§ 35 BbgKVerf)		§ 3 Tagesordnung der Gemeindevert retung	
§ 5 (1)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung setzt gemäß § 35 Abs. 1 Satz 1 BbgKVerf die Tagesordnung der Gemeindevertretung im Benehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten fest. In die Tagesordnung sind gemäß § 35 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf die Beratungsgegenstände aufzunehmen, die bis zum Ablauf des 5. Werktages vor Beginn der Ladungsfrist nach § 4 Abs. 1 a. von mindestens einem Zehntel der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter oder b. einer Fraktion oder c. von dem Hauptverwaltungsbeamten dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung benannt wurden. Die Benennung soll regelmäßig auf dem Formular Vorlage GVV	§ 3 (1)	In der Tagesordnung sind die Beratungsgegenstände aufzunehmen, die gemäß § 35 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf von mindestens einem Zehntel der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter oder einer Fraktion und die mindestens bis zum Ablauf des 5. Arbeitstages vor Beginn der Ladungsfrist nach § 2 Abs. 1 die Geschäftsordnung dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung schriftlich vorgelegt worden sind. Bei Nichteinhaltung der Frist sind die Vorschläge in die Tagesordnung der folgenden Sitzung auf-zunehmen.

neu	neu_Text	alt	alt_Text
	(Anlage 1) schriftlich erfolgen.		
§ 5 (2)	Soweit es sich nicht um eine dringende Angelegenheit handelt, deren Behandlung nicht bis zur darauffolgenden Sitzung aufgeschoben werden kann, sind die Vorschläge bei Nichteinhaltung der Frist in die Tagesordnung der darauffolgenden Sitzung aufzunehmen.	§ 3 (1)	In der Tagesordnung sind die Beratungsgegenstände aufzunehmen, die gemäß § 35 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf von mindestens einem Zehntel der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter oder einer Fraktion und die mindestens bis zum Ablauf des 5. Arbeitstages vor Beginn der Ladungsfrist nach § 2 Abs. 1 die Geschäftsordnung dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung schriftlich vorgelegt worden sind. Bei Nichteinhaltung der Frist sind die Vorschläge in die Tagesordnung der folgenden Sitzung aufzunehmen.
§ 5 (3)	Bei der Behandlung von Anträgen in der Gemeindevertretung haben Einreicher das Recht zur ergänzenden Begründung.	§ 3 (2)	Bei der Behandlung von Anträgen in der Gemeindevertretung haben Einreicher das Recht zur Begründung.
§ 5 (4)	Jeder Antrag kann von dem Einreicher bis zur Abstimmung zurückgezogen werden.	§ 3 (3)	Jeder Antrag kann von dem Einreicher bis zur Abstimmung zurückgezogen werden.
§ 6 Zuhörer (§ 36 BbgKVerf)		§ 4 Zuhörer	
§ 6 (1)	An den öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung können Zuhörer teilnehmen.	§ 4 (1)	An den Sitzungen der Gemeindevertretung können Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen.
§ 6 (2)	Zuhörer sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen auch die Beratung nicht stören und keine Zeichen des Beifalls oder Missfallens geben. Zuhörer, welche die Ordnung stören, können vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung aus dem Sitzungssaal gewiesen werden.	§ 4 (2)	Zuhörer sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen auch die Beratung nicht stören und keine Zeichen des Beifalls oder Missfallens geben. Zuhörer, welche die Ordnung stören, können vom Vorsitzen-den der Gemeindevertretung aus dem Sitzungssaal gewiesen werden.
§ 7 Einwohnerfrag estunde; Anhörung von Betroffenen und		§ 5 Einwohnerfrag estunde	

neu	neu_Text	alt	alt_Text
Sachverständigen			
§ 7 (1)	Die nach § 3 der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee in der jeweils gültigen Fassung und der Einwohnerbeteiligungssatzung der Gemeinde Am Mellensee in der jeweils gültigen Fassung durchzuführende Einwohnerfragestunde findet nach Behandlung der Anfragen der Gemeindevertreter des öffentlichen Teils der Sitzung der Gemeindevertretung statt.	§ 5 (1)	Die nach § 3 der gültigen Hauptsatzung der Gemeinde am Mellensee und der Einwohnerbeteiligungssatzung der Gemeinde Am Mellensee vom 18.03.2009 durchzuführende Einwohnerfragestunde findet im Anschluss an den Tagesordnungspunkt, in dem über die Niederschrift des öffentlichen Teils der letzten Sitzung gesprochen wurde, statt. Sie soll 30 Minuten nicht überschreiten.
§ 7 (2)	Bei Sitzungen mit ausschließlich nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten wird die Einwohnerfragestunde nach der Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit durchgeführt.		
§ 7 (3)	Kann die Beschlussfähigkeit bei ordnungsgemäßer Ladung nicht festgestellt werden, so ist im Anschluss daran die Einwohnerfragestunde durchzuführen. Alle anderen Tagesordnungspunkte werden in der darauffolgenden Sitzung behandelt.		
§ 7 (4)	Die Einwohnerfragestunde soll in der Gemeindevertreterversammlung 30 Minuten nicht überschreiten. Eine Verlängerung ist vor Ablauf dieser Frist per Antrag zur Geschäftsordnung zu beschließen.	§ 5 (1)	Die nach § 3 der gültigen Hauptsatzung der Gemeinde am Mellensee und der Einwohnerbeteiligungssatzung der Gemeinde Am Mellensee vom 18.03.2009 durchzuführende Einwohnerfragestunde findet im Anschluss an den Tagesordnungspunkt, in dem über die Niederschrift des öffentlichen Teils der letzten Sitzung gesprochen wurde, statt. Sie soll 30 Minuten nicht überschreiten.
§ 7 (5)	Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit nicht möglich, ist die Anfrage schriftlich zu beantworten und dem jeweiligen Protokoll beizufügen.	§ 5 (2)	Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit nicht möglich, ist die Anfrage schriftlich zu beantworten und dem jeweiligen Protokoll beizufügen.
§ 7 (6)	Beschließt die Gemeindevertretung, zu einzelnen Tagesordnungspunkten zum Gegenstand der Beratung		

neu	neu_Text	alt	alt_Text
	Betroffene oder Sachverständige zu hören, ist die Anhörung zu beenden, bevor Beratung und Abstimmung über den Gegenstand beginnen.		
§ 8 Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung		§ 6 Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung	
§ 8 (1)	Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung sollten regelmäßig schriftlich auf dem Formular Vorlage GVV erfolgen und zumindest nachrichtlich an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung adressiert sein. Diese Regelung beschneidet das uneingeschränkte Fragerecht nicht.	§ 6	Anfragen der Gemeindevertreter, sollen in der Sitzung der Gemeindevertretung beantwortet werden. Der Anfragende kann eine Zusatzfrage stellen. Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit nicht möglich, ist die Anfrage schriftlich zu beantworten und dem jeweiligen Protokoll beizufügen.
§ 8 (2)	Schriftliche Anfragen der Gemeindevertreter sind vor den mündlichen Anfragen zu beantworten, soweit sie denselben Sachverhalt betreffen. Absatz 1 gilt entsprechend.		
§ 8 (3)	Mündliche Anfragen der Gemeindevertreter sollen in der Sitzung der Gemeindevertretung beantwortet werden. Der Anfragende kann eine Zusatzfrage stellen.		
§ 8 (4)	Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit nicht möglich, ist die Anfrage schriftlich zu beantworten, dem jeweiligen Protokoll beizufügen.		
§ 9 Sitzungsablauf		§ 7 Sitzungsablauf, Hausrecht und Öffentlichkeit	
§ 9 (1)	Der Vorsitzende eröffnet, leitet die Verhandlung und schließt die Sitzungen der Gemeindevertretung. In den Sitzungen handhabt er die Ordnung und übt das Hausrecht aus (§ 37 Abs. 1 BbgKVerf). Im Falle seiner Verhinderung tritt sein	§ 7 (1)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen der Gemeindevertretung. In den Sitzungen handhabt er die Ordnung und übt das Hausrecht, gemäß § 37 Abs. 2 BbgKVerf, aus. Im Falle seiner Verhinderung

neu	neu_Text	alt	alt_Text
	Stellvertreter an seine Stelle.		tritt sein Vertreter an seine Stelle.
§ 9 (2)	<p>Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Eröffnung der Sitzung, b. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit gemäß § 38 BbgKVerf c. Änderungsanträge zur und Feststellung der Tagesordnung, d. Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung, e. Bericht des Hauptverwaltungsbeamten, f. Behandlung der Anfragen von Mitgliedern der Gemeindevertretung, g. Einwohnerfragestunde h. Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung, i. Sitzungspause j. Änderungsanträge zur und Feststellung der Tagesordnung nicht öffentlicher Teil k. Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung, l. Behandlung der Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung, m. Schließung der Sitzung. 	§ 7 (2)	<p>Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:</p> <p>Öffentlicher Teil</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Eröffnung der Sitzung b) Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit c) Änderungsanträge zur Tagesordnung d) Einwendungen zur Niederschrift über den öffentlichen Teils der letzten Sitzung e) Bericht des Bürgermeister f) Einwohnerfragestunde g) Abwicklung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung h) Behandlung der Anfragen von Mitgliedern der Gemeindevertretung <p>Nichtöffentlicher Teil</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Änderungsanträge zur Tagesordnung b) Einwendungen zur Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung c) Abwicklung der Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung d) Schließung der Sitzung
§ 9 (3)	Sollte die Beschlussfähigkeit gemäß § 38 BbgKVerf nicht festgestellt werden können, so entfallen die Punkte c), d) und h) sowie der nicht öffentliche Teil der Sitzung.		
§ 10 Behandlung der		§ 8 Unterbrechung und	

neu	neu_Text	alt	alt_Text
Tagesordnungspunkte, Unterbrechung und Vertagung		Vertagung der Gemeindevertretersitzung	
§ 10 (1)	Die Gemeindevertretung kann die Tagesordnungspunkte a. durch die Entscheidung in der Sache abschließen, b. verweisen oder c. ihre Beratung vertagen.	§ 8 (2)	Die Gemeindevertretung kann die Tagesordnungspunkte a) durch die Entscheidung in der Sache abschließen, b) verweisen oder c) ihre Beratung vertagen .
§ 10 (2)	Der Antrag auf Entscheidung in der Sache geht bei der Abstimmung dem Verweisungsantrag, dieser dem Vertagungsantrag vor. Wird einem Antrag stattgegeben, sind die bei der Antragstellung vorliegenden Wortmeldungen noch zuzulassen.	§ 8 (3)	Über Anträge nach Abs. 1 Satz 2 ist sofort abzustimmen. Der Antrag auf Entscheidung in der Sache geht bei der Abstimmung dem Verweisungsantrag, dieser dem Vertagungsantrag vor. Wird einem Antrag stattgegeben, sind die bei der Antragstellung vorliegenden Wortmeldungen noch zuzulassen.
§ 10 (3)	Jeder Antragsteller kann bei demselben Punkt der Tagesordnung nur einen Verweisungs- und einen Schlussantrag stellen.	§ 8 (4)	Jeder Antragsteller kann bei demselben Punkt der Tagesordnung nur einen Verweisungs- und einen Schlussantrag stellen.
§ 10 (4)	Der Vorsitzende kann die Sitzung der Gemeindevertretung unterbrechen. Auf Antrag von einem Drittel ihrer anwesenden Mitglieder oder einer Fraktion muss er die Sitzung unterbrechen. Bei einer weiteren Unterbrechung ist für den Antrag die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung erforderlich. Die Unterbrechung soll nicht länger als 15 Minuten dauern.	§ 8 (1)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann die Sitzung der Gemeindevertretung unterbrechen. Auf Antrag von einem Drittel seiner Mitglieder oder einer Fraktion muss er die Sitzung unterbrechen. Bei einer weiteren Unterbrechung ist für den Antrag die Mehrheit aller anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung erforderlich. Die Unterbrechung soll nicht länger als 15 Minuten dauern.
§ 10 (5)	Nach 2 ½ stündiger Sitzungszeit werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. Der in der Beratung befindliche Tagesordnungspunkt wird abschließend behandelt. Die Sitzung gilt als unterbrochen, Abs 6 findet entsprechend Anwendung.	§ 8 (5)	Nach 2,5 Stunden Sitzungszeit werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. Der in der Beratung befindliche Tagesordnungspunkt wird abschließend behandelt.
§ 10 (6)	Die Gemeindevertretung kann gemäß § 34 Abs. 5 der		

neu	neu_Text	alt	alt_Text
	BbgKVerf mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder die Unterbrechung der Sitzung und deren Fortsetzung zur Behandlung der noch offenen Tagesordnungspunkte an einem anderen Termin beschließen (Fortsetzungssitzung). Der Beschluss über die Fortsetzung muss Zeit und Ort der Fortsetzungssitzung bestimmen. Für die Fortsetzungssitzung erfolgt keine erneute Ladung. Soll keine Fortsetzungssitzung beschlossen werden, sind die noch nicht aufgerufenen Tagesordnungspunkte in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung an vorderer Stelle auf die Tagesordnung zu setzen.		
§ 10 (7)	Auf Antrag des Vorsitzenden der Gemeindevertretung, des Bürgermeisters oder einer Fraktion kann eine Verlängerung der Sitzung durch Abstimmung mit einer zweidrittel Mehrheit der anwesenden Gemeindevertreter beschlossen werden.	§ 8 (6)	Auf Antrag des Vorsitzenden der Gemeindevertretung, des Bürgermeisters oder einer Fraktion kann eine Verlängerung der Sitzung durch Abstimmung mit einer zweidrittel Mehrheit der anwesenden Gemeindevertreter beschlossen werden.
§ 11 Redeordnung		§ 9 Redeordnung	
§ 11 (1)	Reden darf nur, wer vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung das Wort erhalten hat. Wortmeldungen erfolgen durch Handzeichen.	§ 9 (1)	Reden darf nur, wer vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung das Wort erhalten hat. Wortmeldungen erfolgen durch Handzeichen.
§ 11 (2)	Der Vorsitzende erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, soweit nicht mit Zustimmung des Redeberechtigten hiervon abgewichen wird. Das Wort zur Geschäftsordnung ist jederzeit zu erteilen und darf sich nur auf den in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunkt beziehen. Es darf dadurch kein Redner unterbrochen werden.	§ 9 (2)	Der Vorsitzende erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, soweit nicht mit Zustimmung des Redeberechtigten hiervon abgewichen wird. Das Wort zur Geschäftsordnung ist jederzeit zu erteilen und darf sich nur auf den in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunkt beziehen. Es darf dadurch kein Sprecher unterbrochen werden.
§ 11 (3)	Dem Hauptverwaltungsbeamten ist auch außerhalb der Reihe der Wortmeldungen jederzeit das Wort zu erteilen.	§ 9 (3)	Dem Bürgermeister ist auch außerhalb der Reihe der Wortmeldungen jederzeit das Wort zu erteilen.
§ 12 Sitzungsleitung		§ 10 Sitzungsleitung	

neu	neu_Text	alt	alt_Text
(§ 37 BbgKVerf)			
§ 12 (1)	Die Sitzungsleitung hat unparteiisch und sachlich zu erfolgen.	§ 1 (1)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung hat die Sitzungen sachlich und unparteiisch zu leiten.
§ 12 (2)	Vor Stellungnahmen oder Redebeiträgen des Sitzungsleiters ist die Leitung vorübergehend an den Stellvertreter zu übergeben.		
§ 12 (3)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen.	§ 10 (1)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen.
§ 12 (4)	Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung dreimal zur Sache gerufen worden, so hat ihm der Vorsitzende das Wort zu entziehen und darf es ihm in derselben Aussprache zum selben Gegenstand nicht wieder erteilen.		
§ 12 (5)	Der Vorsitzende kann ein Mitglied der Gemeindevertretung zur Ordnung rufen, dessen Verhalten den ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzung stört.		
§ 13 Anträge zur Geschäftsordn ung		§ 15 Anträge und Abweichungen von der Geschäftsordn ung	
§ 13 (1)	Von Mitgliedern der Gemeindevertretung können während der Beratung über einen Gegenstand der Tagesordnung jederzeit Anträge zur Geschäftsordnung eingebracht werden. Sie sind durch das Heben beider Hände anzuzeigen und bedürfen keiner Begründung. Diese Anträge sind unverzüglich zu behandeln.	§ 11 (4)	Anträge zur Geschäftsordnung haben jederzeit den Vorrang und müssen vor Sachanträgen erledigt werden.
§ 13 (1)	Von Mitgliedern der Gemeindevertretung können während der Beratung über einen Gegenstand der Tagesordnung	§ 15 (1)	Anträge zur Geschäftsordnung können durch Heben beider Hände jederzeit gestellt werden und haben Priorität vor

neu	neu_Text	alt	alt_Text
	jederzeit Anträge zur Geschäftsordnung eingebracht werden. Sie sind durch das Heben beider Hände anzuzeigen und bedürfen keiner Begründung. Diese Anträge sind unverzüglich zu behandeln.		anderen Wortmeldungen.
§ 13 (1)	Von Mitgliedern der Gemeindevertretung können während der Beratung über einen Gegenstand der Tagesordnung jederzeit Anträge zur Geschäftsordnung eingebracht werden. Sie sind durch das Heben beider Hände anzuzeigen und bedürfen keiner Begründung. Diese Anträge sind unverzüglich zu behandeln.	§ 15 (2)	Anträge zur Geschäftsordnung bedürfen keiner Begründung.
§ 13 (2)	Als Antrag zur Geschäftsordnung sind zulässig: a. Feststellung der Beschlussfähigkeit b. Vertagung oder befristete Unterbrechung einer Sitzung c. Nichtbefassung, Zurückstellung oder Vertagung eines Tagesordnungspunktes d. Überweisung an einen Ausschuss e. Schluss der Debatte f. Beschränkung der Redezeit g. Geheime Abstimmung h. Wiederherstellung der Sitzungsordnung/ Rückkehr zur sachlichen Auseinandersetzung		
§ 13 (3)	Wird einem Antrag zur Geschäftsordnung nicht widersprochen, so ist der Antrag angenommen. Andernfalls wird nach Anhörung eines Gegenredners abgestimmt.		
§ 13 (4)	Die Gemeindevertretung kann für den Einzelfall Abweichungen von der Geschäftsordnung mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Gemeindevertretung beschließen sofern die BbgKVerf dies zulässt.	§ 15 (3)	Die Gemeindevertretung kann für den Einzelfall Abweichungen von der Geschäftsordnung mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Gemeindevertretung beschließen sofern die BbgKVerf dies zulässt.
§ 13 (5)	Wird ein Antrag zur Geschäftsordnung abgelehnt, so darf er zum gleichen Tagesordnungspunkt nicht wiederholt werden.		

neu	neu_Text	alt	alt_Text
§ 13 (6)	Ein Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte kann nur von einem Gemeindevertreter gestellt werden, der noch nicht zur Sache gesprochen hat.		
13 (7)	Treten während einer Sitzung der Gemeindevertretung Zweifel über die Auslegung der Geschäftsordnung auf, entscheidet die Gemeindevertretung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder.	§ 15 (4)	Treten während einer Sitzung der Gemeindevertretung Zweifel über die Auslegung der Geschäftsordnung auf, entscheidet die Gemeindevertretung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder.
§ 14 Beschlüsse (§ 39 BbgKVerf)		§ 11 Beschlüsse	
§ 14 (1)	Beschlüsse kommen durch Abstimmung oder Wahlen zustande. Grundsätzlich wird offen durch Handzeichen abgestimmt. Vor jeder Abstimmung der Antrag zu verlesen. Bei der offenen Abstimmung stellt der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Anzahl der Mitglieder fest, die a. dem Antrag zustimmen, b. den Antrag ablehnen und c. sich der Stimme enthalten.	§ 11 (1)	Beschlüsse kommen durch Abstimmung oder Wahlen zustande. Grundsätzlich wird offen durch Handzeichen abgestimmt. Auf Antrag von mindestens drei Mitgliedern der Gemeindevertretung oder einer Fraktion ist namentlich abzustimmen. Auf Verlangen ist vor jeder Abstimmung der Antrag zu verlesen. Bei der Abstimmung stellt der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Anzahl der Mitglieder fest, sowie die a) mit „Ja“ lautenden Stimmen, und b) die mit „Nein“ lautenden Stimmen. Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.
§ 14 (2)	Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die offene Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.	§ 11 (1)	Beschlüsse kommen durch Abstimmung oder Wahlen zustande. Grundsätzlich wird offen durch Handzeichen abgestimmt. Auf Antrag von mindestens drei Mitgliedern der Gemeindevertretung oder einer Fraktion ist namentlich abzustimmen.

neu	neu_Text	alt	alt_Text
			<p>Auf Verlangen ist vor jeder Abstimmung der Antrag zu verlesen. Bei der Abstimmung stellt der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Anzahl der Mitglieder fest, sowie die</p> <p>a) mit „Ja“ lautenden Stimmen,</p> <p>und</p> <p>b) die mit „Nein“ lautenden Stimmen.</p> <p>Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.</p>
§ 14 (3)	Auf Verlangen von mindestens 3 Mitgliedern der Gemeindevertretung oder einer Fraktion ist namentlich abzustimmen.		
§ 14 (4)	Liegen zu dem Tagesordnungspunkt Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, wird zuerst über den Antrag abgestimmt, der von dem Antrag der Sitzungsvorlage am weitesten abweicht. Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen hat der den Vorrang, der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen bewirkt. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende der Gemeindevertretung.	§ 11 (2)	Liegen zu dem Tagesordnungspunkt Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, wird zuerst über den abgestimmt, der von dem Antrag der Sitzungsvorlage am weitesten abweicht. Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen hat der den Vorrang, der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen bewirkt. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende der Gemeindevertretung.
§ 14 (5)	Auf Antrag, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde, ist über einzelne Teile der Vorlage bzw. des Antrages gesondert abzustimmen. Über die Vorlage beziehungsweise den Antrag ist danach insgesamt zu beschließen.	§ 11 (3)	Auf Grund eines Antrages, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde, ist über einzelne Teile der Vorlage bzw. des Antrages gesondert abzustimmen. Über die Vorlage bzw. den Antrag ist dann insgesamt zu beschließen.
§ 15 Einzel- und Gremienwahlen (§§ 40 bis 41 BbgKVerf)		§ 12 Einzelwahlen/ Gremienwahlen	

neu	neu_Text	alt	alt_Text
§ 15 (1)	Wahlen finden geheim statt. Abweichungen können gemäß § 39 Abs. 1 Satz 6 BbgKVerf vor der jeweiligen Wahl einstimmig beschlossen werden.		
§ 15 (2)	Zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlen ist aus der Mitte der Gemeindevertretung ein aus 3 Personen bestehender Wahlausschuss zu bilden.	§ 12 (1)	Zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlen wird aus der Mitte der Gemeindevertretung ein Wahlausschuss, von 3 Mitgliedern der Gemeindevertretung, gebildet.
§ 15 (3)	Es sind äußerlich gleiche Stimmzettel zu verwenden. Werden keine Umschläge verwendet, so sind die Stimmzettel so zu falten, dass das Stimmverhalten von außen nicht erkennbar ist.	§ 12 (2)	Es sind äußerlich gleiche Stimmzettel zu verwenden. Werden keine Umschläge verwendet, so sind die Stimmzettel zu falten.
§ 15 (4)	Die Stimmzettel sind so vorzubereiten, dass sie nur noch mit einem Kreuz zu kennzeichnen sind. Bei weiterer Beschriftung, Gestaltung und fehlender Kennzeichnung des Stimmzettels ist die Stimme ungültig.	§ 12 (3)	Die Stimmzettel sind so vorzubereiten, dass sie nur noch mit einem Kreuz mit dem-selben Schreibgerät zu kennzeichnen sind. Bei weiterer Beschriftung, Gestaltung und fehlender Kennzeichnung des Stimmzettels ist die Stimme ungültig.
§ 15 (5)	Die Stimmabgabe hat in einer Wahlkabine oder räumlich so abgegrenzt zu erfolgen, dass das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Einheitliches Schreibgerät ist zu verwenden.	§ 12 (4)	Die Stimmabgabe hat in einer Wahlkabine oder räumlich so abgegrenzt zu erfolgen, dass das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Ein einheitliches Schreibgerät ist zu verwenden.
§ 15 (6)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gibt das vom Wahlausschuss festgestellte Ergebnis der Wahl bekannt.	§ 12 (5)	Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gibt das vom Wahlausschuss festgestellte Ergebnis der Wahl bekannt.
§ 15 (7)	Ist ein Losentscheid erforderlich, wird dieser, wenn nicht durch die Gemeindevertretung anders bestimmt, vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung vollzogen.	§ 12 (6)	Ist ein Losentscheid erforderlich, wird dieser, wenn nicht durch die Gemeindevertretung anders bestimmt, vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung vollzogen.
§ 16 Niederschrift (§ 42 BbgKVerf)		§ 13 Niederschriften	
§ 16 (1)	Der Hauptverwaltungsbeamte ist für die Niederschrift verantwortlich. Er bestimmt den Protokollführer.	§ 13 (1)	Der Bürgermeister ist für die Anfertigung der Niederschrift verantwortlich. Er bestimmt den Protokollführer.
§ 16 (2)	Die Sitzungsniederschrift muss enthalten: a. den Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung,	§ 13 (2)	Die Sitzungsniederschrift muss enthalten: a) Tag, Beginn und Ende der Sitzung

neu	neu_Text	alt	alt_Text
	b. die Namen der anwesenden, sowie der entschuldigt und ohne Entschuldigung abwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung, c. die Namen der teilnehmenden Verwaltungsvertreter und anderer zugelassener Personen, d. die Feststellung der Einhaltung der Ladefrist und der Beschlussfähigkeit e. etwaige Einwendungen zur Niederschrift der vorherigen Sitzung f. die Tagesordnung, g. Berichtes des Hauptverwaltungsbeamten h. Anfragen der Gemeindevertreter und Antworten i. Anfragen der Einwohner und Antworten j. den Wortlaut der Anträge mit Namen der Antragsteller, den wesentlichen Inhalt der Beratung, den Wortlaut der Beschlüsse, die Ergebnisse der Wahlen und Abstimmungen, k. den Ausschluss und die Wiederherstellung der Öffentlichkeit, l. das Abstimmungsverhalten jedes Mitgliedes der Gemeindevertretung, das dies verlangt, m. bei namentlicher Abstimmung das Abstimmungsverhalten der Mitglieder der Gemeindevertretung und n. die Namen der wegen Befangenheit an Beratung oder Entscheidung zu einzelnen Tagesordnungspunkten nicht mitwirkenden Mitglieder der Gemeindevertretung. o. Störungen gegen die Ordnung und eventuell ausgesprochene Ordnungsmaßnahmen		b) Namen der anwesenden und fehlenden Mitglieder der Gemeindevertretung c) Name der anwesenden Verwaltungsvertreter und anderer zugelassener Personen d) Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit e) Einwendungen gegen die Niederschrift f) Anfragen g) Tagesordnung h) Wortlaut der Anträge mit Namen der Antragsteller, dem wesentlichen Inhalt der Beratung, die Beschlüsse und Ergebnisse der Abstimmungen und Wahlen i) Ausschluss und Wiederherstellung der Öffentlichkeit j) bei namentlicher Abstimmung das Abstimmungsverhalten der Mitglieder der Gemeindevertretung k) die Namen der wegen Befangenheit an der Beratung oder Entscheidung zu einzelnen Tagesordnungspunkten nicht mitwirkenden Mitglieder der Gemeindevertretung l) Störungen gegen die Ordnung und eventuell ausgesprochene Ordnungsmaßnahmen.
§ 16 (3)	Angelegenheiten, die in nichtöffentlicher Sitzung behandelt wurden, sind gesondert zu protokollieren.	§ 13 (3)	Angelegenheiten, die in nichtöffentlicher Sitzung behandelt wurden, sind gesondert niederzuschreiben.
§ 16 (4)	Die Sitzungsniederschrift ist innerhalb von 10 Werktagen nach der Sitzung im Ratsinformationssystem zu veröffentlichen. Im		

neu	neu_Text	alt	alt_Text
	Ausnahmefall ist sie spätestens mit der Ladung zur nächsten Sitzung den Mitgliedern der Gemeindevertretung zuzuleiten.		
§ 16 (5)	Soweit nicht im Einzelfall aus Gründen des öffentlichen Wohls oder zur Wahrung von Rechten Dritter etwas anderes beschlossen wird, wird die Öffentlichkeit schnellstmöglich über die Beschlüsse der Gemeindevertretung a. im „Amtsblatt der Gemeinde Am Mellensee“ b. durch Aushang in den in der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee in der jeweils gültigen Fassung aufgeführten Bekanntmachungskästen und c. durch Veröffentlichung auf der Internetseite der Gemeinde Am Mellensee unterrichtet.		
§ 17 Bild- und Tonaufzeichnungen (§ 36 Abs. 3 BbgKVerf)			
§ 17 (1)	Bild- und Tonübertragungen und Bild- und Tonaufzeichnungen der öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung durch Presse, Rundfunk und ähnliche Medien sind grundsätzlich zulässig.		
§ 17 (2)	Absatz 1 gilt für von der Gemeindevertretung selbst veranlasste Bild- und Tonübertragungen sowie Bild- und Tonaufzeichnungen entsprechend.		
§ 17 (3)	Der fragende Einwohner (§ 7 Abs. 3) kann vor Fragestellung der öffentlichen Wiedergabe von Bild- und Tonaufzeichnungen seines Beitrages widersprechen.		
§ 17 (4)	Zur Erleichterung der Fertigung der Sitzungsniederschrift sind Tonaufzeichnungen der vollständigen Sitzung zulässig. Sie sind		

neu	neu_Text	alt	alt_Text
	gemäß § 42 Abs. 2 Satz 4 BbgKVerf nach Freigabe in der darauffolgenden Sitzung, spätestens nach Einarbeitung der Beschlüsse über die Einwendungen zu löschen.		
§ 18 Fraktionen (§ 32 BbgKVerf)		§ 14 Fraktionen	
§ 18 (1)	Die Fraktionen haben dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung von ihrer Bildung unverzüglich schriftlich Kenntnis zu geben. Die Mitteilung muss die genaue Bezeichnung der Fraktion, die Namen des Fraktionsvorsitzenden, seiner Stellvertreter sowie aller der Fraktion angehörenden Gemeindevertreter zu enthalten. Die einer Fraktion zustehenden Rechte kann sie nach Zugang der Mitteilung nach Satz 2 wahrnehmen. Veränderungen sind dem Vorsitzenden stets unverzüglich schriftlich mitzuteilen.	§ 14 (1)	Die Fraktionen haben dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung von ihrer Bildung schriftlich Kenntnis geben. Die Mitteilung muss die genaue Bezeichnung der Fraktion, den Namen des Fraktionsvorsitzenden sowie aller der Fraktion angehörenden Mit-glieder der Gemeindevertretung enthalten. Veränderungen sind dem Vorsitzenden schriftlich und zeitnah mitzuteilen. Ihre innere Ordnung muss demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen.
§ 18 (2)	Fraktionslose Gemeindevertreter können einer Fraktion mit deren Zustimmung beitreten.	§ 14 (2)	Fraktionslose Gemeindevertreter können einer Fraktion mit deren Zustimmung beitreten.
§ 18 (3)	Die Mitglieder einer Fraktion vertreten sich in den Ausschüssen gegenseitig.		
§ 19 Verfahren in den Ausschüssen (§ 44 BbgKVerf)		§ 16 Ständige Ausschüsse	
§ 19 (1)	Für Geschäftsgang und Verfahren der von der Gemeindevertretung gemäß § 43 BbgKVerf gebildeten Ausschüsse gelten die Vorschriften des Ersten Abschnittes sinngemäß, soweit nicht gesetzlich oder in den folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.	§ 16 (1)	Für das Verfahren in den Ausschüssen finden die Bestimmungen des ersten Abschnittes dieser Geschäftsordnung Anwendung, soweit nicht in folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.
§ 19 (2)	Die Ausschüsse treten in der Regel an den von der Gemeindevertretung im Sitzungsplan für das Kalenderjahr		

neu	neu_Text	alt	alt_Text
	bestimmten Tagen zusammen.		
§ 19 (3)	Abweichend von § 9 soll den Einwohnern zu jedem öffentlichen Tagesordnungspunkt die Möglichkeit zur Meinungsäußerung oder Nachfrage gegeben werden. Die Diskussionen zu einem Tagesordnungspunkt sollen 20 Minuten nicht überschreiten.		
§ 20 Fachausschüsse (§ 43 f. BbgKVerf)			
§ 20 (1)	Die Gemeindevertretung bildet zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur Kontrolle der Verwaltung aus ihrer Mitte gemäß § 43 Abs. 1 BbgKVerf folgende ständige Ausschüsse (Fachausschüsse): a. den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus, b. den Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur sowie c. den Bauausschuss.		
§ 20 (2)	Die Zahl der Sitze beträgt jeweils 5.		
§ 20 (3)	Die Gemeindevertretung beruft in jeden Ausschuss 5 sachkundige Einwohner. Jede Fraktion benennt entsprechend ihrer Sitze jeweils einen sachkundigen Einwohner.		
§ 20 (4)	Empfehlungen können in den Ausschüssen nur gefasst werden, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.	§ 16 (2)	Empfehlungen können in den Ausschüssen nur gefasst werden, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.
§ 21 Hauptausschuss (§ 49 f. BbgKVerf)		§ 17 Hauptausschuss	
§ 21 (1)	Die Gemeindevertretung bildet einen Hauptausschuss Für Verfahren des Hauptausschusses gelten die Vorschriften		

neu	neu_Text	alt	alt_Text
	des ersten Abschnittes dieser Geschäftsordnung, soweit nicht in den folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird. Die Regelungen der § 49 f BbgKVerf finden Anwendung.		
§ 21 (2)	Der Hauptausschuss besteht aus 6 Mitgliedern und dem Hauptverwaltungsbeamten.		
§ 22 Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften	Die Bestimmungen des zweiten Abschnitts sind sinngemäß auch auf solche Ausschüsse der Gemeinde anzuwenden, die auf besonderen Rechtsvorschriften beruhen, soweit diese Vorschriften nichts anderes bestimmen.	§ 18 Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften	
§ 22 Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften	Die Bestimmungen des zweiten Abschnitts sind sinngemäß auch auf solche Ausschüsse der Gemeinde anzuwenden, die auf besonderen Rechtsvorschriften beruhen, soweit diese Vorschriften nichts anderes bestimmen.	§ 18	Die Bestimmungen des ersten Abschnitts sind sinngemäß auch auf solche Ausschüsse der Gemeinde anzuwenden, die auf besondere Rechtsvorschriften beruhen, soweit diese Vorschriften nichts anderes bestimmen.
§ 23 Ortsbeiräte und Ortsvorsteher (§§ 46, 47 BbgKVerf)		§ 19 Ortsteilvertretung	
§ 23 (1)	Auf das Verfahren der Ortsbeiräte finden die Bestimmungen des Zweiten Abschnitts dieser Geschäftsordnung entsprechend Anwendung.	§ 19	Auf das Verfahren der Ortsbeiräte und der Ausschüsse finden die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung Anwendung. Die Regelungen des § 12 Abs. 1 über die Zuständigkeit für die Anfertigung der Niederschrift, findet für die Ortsbeiräte keine Anwendung. Der Ortsvorsteher ist für die Erstellung der Niederschrift

neu	neu_Text	alt	alt_Text
			zuständig.
§ 23 (2)	Jeder Ortsvorsteher ist zu allen öffentlichen oder nichtöffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse zu laden, in denen Gegenstände behandelt werden, die Belange seines Ortsteils berühren.		
§ 23 (3)	Die Regelungen des § 16 Abs. 1 über die Zuständigkeit für die Anfertigung der Niederschrift, findet für die Ortsbeiräte keine Anwendung. Der Ortsvorsteher ist für die Erstellung der Niederschrift zuständig.	§ 19	Auf das Verfahren der Ortsbeiräte und der Ausschüsse finden die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung Anwendung. Die Regelungen des § 12 Abs. 1 über die Zuständigkeit für die Anfertigung der Niederschrift, findet für die Ortsbeiräte keine Anwendung. Der Ortsvorsteher ist für die Erstellung der Niederschrift zuständig.
§ 24 Inkrafttreten	Die Geschäftsordnung tritt am Tage nach der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 19.08.2015 außer Kraft.	§ 20 In-Kraft-Treten	Die Geschäftsordnung tritt mit dem Tage nach der Beschlussfassung durch die Gemeinde-vertretung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 16. Juli 2014 außer Kraft.